

StaatsZeitung



Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz
Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

vom 14.04.08

Kritik an Vorschlägen zur Kommunalreform

CDU: Regierung will gar nicht Bürger anhören – FDP: Ortsgemeinden werden geschwächt

Die Landesregierung hat eine überarbeitete und erweiterte Vorschlagsliste zur geplanten Kommunalreform präsentiert. Die Liste sei mit den drei kommunalen Spitzenverbänden im Land abgesprochen und diene als Grundlage für weitere Diskussionen, sagte Ministerpräsident Kurt Beck. Die frühere 33-Punkte-Liste der Regierung sei zu einer Aufzählung von etwa 65 Vorschlägen erweitert worden.

Scharfe Kritik kam von der Opposition im Landtag. „Der Mut zum großen Wurf fehlt“, monierte die CDU. Die Reform drohe „grandios zu scheitern“. Insbesondere die Ministerien kämen praktisch ungeschoren davon. CDU-Fraktionschef Christian Baldauf beklagte, immer noch liege kein Konzept vor, das alle Strukturen von den Ministerien bis zu den Ortsgemeinden einschließe. Er kündigte eine Anhörung zu den Vorschlägen der Landesregierung mit Lokalpolitikern, kommunalen Spitzenverbänden, Kammern und Gewerkschaften an.

Zudem bot Baldauf Beck „bilaterale Gespräche“ an.

Die von der Landesregierung geplanten fünf Bürgerkongresse zur Kommunalreform sah Baldauf kritisch. Statt die Bevölkerung wirklich einzubinden gehe es vielmehr um das Ablenken vom eigenen Versagen. Die Vorschläge für die Neuverteilung von öffentlichen Aufgaben seien unzureichend. Insbesondere die Ministerien kämen praktisch ungeschoren davon. Die Mittelbehörden wiederum gäben zwar Aufgaben an die Kommunen weiter, bekämen zugleich aber neue Aufgaben, wohl um ihre Existenz in der bisherigen Form zu rechtfertigen.

Die FDP sprach von einer „eindeutigen Schwächung der Ortsgemeinden“. FDP-Fraktionsvorsitzender Herbert Mertin monierte, die Ortsgemeinden seien die einzige Ebene, der nur Kompetenzen entzogen würden, ohne dass sie neue Aufgaben erhalte. So wolle die SPD-Regierung den Ortsgemeinden nicht nur die Trägerschaft für die Grundschulen wegnehmen, sondern

auch die Personalverantwortung für die Kindergärten.

Damit stehe die Vorschlagsliste im Widerspruch zu Äußerungen von Ministerpräsident Kurt Beck, der eine Stärkung der Ortsgemeinden versprochen habe, weil sie das „Herz der kommunalen Familie“ und „der Garant für bürgernahe Entscheidungen“ seien.

Eine Reihe von Aufgaben würde hingegen von der Landesebene auf die Kreisebene und von der Kreisebene auf die Verbandsgemeinden übertragen. „Hier muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch den Aufgaben folgen und das Land sich nicht auf Kosten der Kommunen entlastet“, forderte Mertin.

Obwohl insgesamt mit der neuen Liste etwas mehr Bewegung in die geplante Reform komme, könne er nicht erkennen, „dass auf Grundlage der vorgeschlagenen Änderungen eine Kommunal- und Verwaltungsreform entstehen kann, die dem demographischen Wandel gewachsen ist“, sagte Mertin abschließend.